

Die britische Europa-Politik und die 'deutsche Frage' (1955/56 - 1969/70)¹

Gustav Schmidt

Von den französisch-britischen Beziehungen sagt man, daß keiner der Partner es dem anderen jemals recht machen konnte. Ähnliches trifft auf die deutsch-britischen Beziehungen in den 1950er/60er Jahren zu: Jeder erwartete vom anderen alles, aber auch wiederum nichts Gutes. In London spekulierte man darauf, daß Bonn für Großbritannien goldene Brücken nach Europa baue; zumindest sollte die Bundesrepublik helfen, die Liberalisierung des Außenhandels voranzutreiben und die atlantischen Bindungen festzuknüpfen. Durch Beteiligung an den Stationierungskosten der Rheinarmee (nach dem NATO-Beitritt) sollte Bonn die Lasten der britischen Verteidigungspolitik auffangen helfen; durch Kapitalexporte und durch Öffnung des Binnenmarktes sollte die Bundesrepublik die kontinuierliche Ausweitung des Welthandels im beiderseitigen Interesse betreiben, oder schlichtweg einspringen, um den Kurs des £ Sterling zu stützen. Schließlich erwartete London von Bonn die Anerkennung der Realitäten: von der Oder-Neiße-Linie bis zum Sich-Abfinden mit dem zweiten deutschen Staat; Bonn solle die Entschärfung des Ost-West-Konfliktes (in Gestalt von Rüstungsbeschränkungs-Abkommen) zumindest in Europa als eigenes primäres Interesse anerkennen, denn der Bundesrepublik könne doch nicht an der Verfestigung der militärischen Zweiteilung Europas gelegen sein.

Auf der anderen Seite konnte die Bundesregierung es London nicht recht machen. Der Aufbau der Bundeswehr erfolge zu zögerlich, hieß es 1956/7; dann wieder - seit Herbst 1957 - war die Rede davon, daß der deutsche Verteidigungsminister (Strauß) über die Stränge schlage, verlange er doch vollkommen gleichwertige Ausstattung mit dem russischen Gegner in allen Waffengattungen, also auch nukleare Ausrüstung! Der deutsche Sonderkonflikt mit der Sowjetunion im Rahmen des allgemeinen Ost-West-Konfliktes war festgefahren, seitdem Moskau - ab 1955 - rückhaltlos die Anerkennung der DDR als 2. deutschen Staat betrieb, was

bedeutete, daß alle anderen, voran Großbritannien, ihr Interesse am Status quo in Europa mit Stabilität der globalen Friedensordnung gleichachteten. "Sicherheit durch Teilung" war der unausgesprochene Leitsatz. Insbesondere in London tat man so, als ob die offiziellen Vertreter der Bundesrepublik engstirnig auf prinzipielle deutschlandpolitische Standpunkte fixiert seien, aber dennoch Unterstützung von Dritten - Dulles; de Gaulle - erführen. Überzeugt davon, die bessere - nämlich auf Entspannung und Ausgleich zwischen Ost und West angelegte - Politik zu vertreten, verstärkten Regierung und Presse in Großbritannien die Kritik an Bonns Beharren auf Rechtspositionen und an deutscher Rechthaberei. Das war wirkungsvoller und einfacher zugleich als sich mit den Gründen auseinanderzusetzen, warum de Gaulle und - wenn auch weniger konsistent - die Eisenhower-Administration zweifelten, ob die Phase der Berlin-Ultimea und der Drohpolitik Chruschtschows (bis hin zur Kuba-Krise 1962) der geeignete Zeitpunkt wären, um Bonn zu drängen, Vorbehalte abzubauen und sich auf eine Neuregelung der europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung im Zusammenwirken mit dem Kremlchef einzulassen.

Die Regierungen Eden, Macmillan, Home und Wilson fühlten sich aufgrund ihrer "global responsibilities and perspectives" grundsätzlich berechtigt, gegenüber Bonn als Mahner aufzutreten, aber auch Zahlungen in barer Münze anzufordern; die Bundesrepublik sollte gleichsam wiedergutmachen, daß Großbritannien über Jahre hinweg (1949-1956) nahezu als einzige westeuropäische Macht einen Beitrag zur strategisch-militärischen Sicherheit des Westens geleistet habe, während der westdeutsche Staat ein Wirtschaftswunder erlebte. Die Mischung aus oberlehrerhaftem Auftreten und zur-Kasse-Bitten war nicht dazu angetan, den Stellenwert Großbritanniens in der bundesdeutschen Außenpolitik anzuheben, d.h. gleichwertig neben die Eckpfeiler Washington und - in der Europapolitik - Paris zu treten. Selbst als die Spannungen zwischen den USA und dem Frankreich de Gaulles die Bonner Politik vor Zerreißproben stellten, wie es seit dem Herbst 1958 und bis 1969 durchweg der Fall war, erfuhr der Faktor Großbritannien keine Aufwertung. Es ist kein Zufall, daß in H.P. Schwarz' und K. Hildebrands Darstellung der Geschichte der Bundesrepublik die deutsch-britischen Beziehungen bestenfalls am Rande, und dann auch oft als Störfaktor, ins Blickfeld treten. Freilich: Der anhaltende Respekt vor der Stabilität des britischen politischen Systems und das Bewußtsein, daß Großbritannien immer noch in der Weltpolitik präsent war und für Deutschland als Ganzes sowie für Berlin Verantwortung mittrug - Diese beiden Umstände nährten die deutsche Bereitschaft, trotz aller Enttäuschungen und gelegentlich auch

die Politik der Kabinette Macmillan, Home und Wilson doch den britischen Erwartungen zu entsprechen, d.h. als Fürsprecher des EWG-Beitritts aufzutreten, die Zusammenarbeit in der NATO zu aktivieren und "last not least" Entlastungsaktionen für die britische Währung mitzutragen.

- I -

Woran liegt es nun, daß die bilateralen Beziehungen so ambivalent, oder sagen wir auch: hinter ihren Möglichkeiten zurückblieben? Neben den direkten Interessengegensätzen und den Nachwirkungen der Erfahrungen aus der jüngeren Vergangenheit, die beispielsweise noch die Atmosphäre im Vorfeld des ersten Staatsbesuchs von Bundespräsident Heuss im November 1958 in England belasteten, lag dies insbesondere an den strukturellen Bedingungen britischer und westdeutscher Außenpolitik.

Bonn maß die Partner daran, wie ernsthaft sie der westdeutschen Demokratie aus der Isolierung und Singularisierung heraushalfen und ihrerseits an der europäischen Integration mitwirkten und inwieweit sie die Bundesrepublik als gleichberechtigten Partner im westlichen Lager zur Geltung kommen ließen. Ging es für den westdeutschen Staat um die Rückkehr in die Hierarchie der Mächte und zugleich um eine Neugestaltung ("Europäisierung" und "Internationalisierung") der Außenbeziehungen, so richtete sich die britische Politik auf die Aufrechterhaltung des Sonderstatus - in Gestalt des Commonwealth und des Sterlinggebiets, der "special relationship" mit den USA und der vollen Nutzung des Status als Vetomacht im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Unmittelbar damit verbunden ist die Tatsache, daß für Bonn ebenso wie für London die Beziehungen zu dritten Mächten, - und zwar oftmals zu denselben: USA, UdSSR, Frankreich, - sehr viel zentraler waren als die Gestaltung der bilateralen deutsch-britischen Beziehungen. Die gegenläufigen Tendenzen zwischen dem Wiederaufstieg des deutschen Teilstaats zur Schlüssel-macht in (West)Europa und dem "relative decline" der britischen Weltmacht in Weltpolitik und Weltwirtschaft brachten es mit sich, daß beide Mächte sich zu den Drittmächten gegensätzlich verhielten. Ging es im Fall der USA "nur" um bloßen Einflußwettbewerb zwischen Briten und (West)Deutschen in Washington, so schlossen sich die Frankreich- und Rußland-Politik-Optionen der Bonner Republik und Großbritanniens in vielfacher Hinsicht aus. Während London sich in Washing-

ton als "partner in (world)leadership" anbot, schreckte Bonn - u.a. mit Rücksicht auf das Verhältnis zu Frankreich - davor zurück, aus der faktischen Rolle als "supportive actor" zugunsten der U.S.-"hegemony" politisches Kapital zu schlagen (im Sinne einer "Achse" Washington-Bonn). Strebte London die Rolle des Dritten im Bunde der Supermächte an und füllte es diese zeitweise auch aus, so wurde Bonn von Moskau als Objekt einer Politik der Zementierung des Status quo behandelt. Während Bonn die Beziehungen mit Frankreich pflegen (und immer wieder "reparieren") mußte, - und zwar auch, weil die westdeutschen Bemühungen um das Rapprochement mit Frankreich für die Schutzmacht USA einen der wichtigsten Maßstäbe ihrer Deutschland- und Europapolitik abgaben, - konnte und wollte London es mehr als einmal auf einen Kampf mit Frankreich um die Führung Europas ankommen lassen.

Der Gegensatz zwischen den britischen, aus eigener Kraft jedoch kaum noch bestreitbaren weltpolitischen Ambitionen, und den westdeutschen, das eigene Potential bewußt nicht für macht- und nationalstaatspolitische Demonstrationszwecke nutzenden, auf Deutschlandfragen fixierten "Regional"-Ambitionen ist die Summe aus den Interessengegensätzen im bilateralen deutsch-britischen Verhältnis und aus den unterschiedlichen Beziehungsgeflechten, die Großbritannien bzw. die Bundesrepublik mit dritten Mächten unterhielten. Aus dem Gegensatz wird erklärlich, warum weder Bonn eine für London akzeptable Rolle Englands in Europa ins Gespräch bringen konnte noch in London der Entschluß reifte, sich über Deutschlands Platz im künftigen Europa Gedanken zu machen; stattdessen beließ man es dabei, zu wissen, was die Bundesrepublik nicht werden und sein sollte: "Mitteleuropa", "Viertes Reich"

- II -

Aus der Sicht der Ereignisse seit dem Frühjahr 1989, erst recht seit Februar 1990, tritt ein Sachverhalt in den Mittelpunkt: Großbritannien hatte keine 'Vision', welchen Platz zunächst die Bundesrepublik und dann Deutschland in der westlichen Welt und bei der Restrukturierung Europas legitimerweise innehaben sollte oder wieder beanspruchen dürfe. Dies aber, und **das ist eine meiner Thesen**, ist kein neues Thema. Vielmehr waren es die USA, die London spätestens seit Gründung der EWG und dem zeitgleichen Eintritt der NATO ins Raketenzeitalter dazu

aufforderten, für sich eine Rolle in Europa zu konzipieren und dabei eine gleichberechtigte Position der Bundesrepublik als unumgänglich anzuerkennen. *Washington erinnerte die britische Politik daran, daß die Dauerzugehörigkeit zunächst der Bonner Republik und dann ggf. Deutschlands zur 'Sicherheit des Westens' die Gleichstellung Deutschlands mit sich brachte, und zwar in den sicherheitspolitischen ebenso wie in den wirtschaftlichen und politisch-kulturellen/"ideologischen" Dimensionen.*

Meine Thesen, die ich anschließend begründen werde, lauten:

1. Die deutsch-britischen Beziehungen sind nicht nur durch europäische Entwicklungen und innerstaatliche Vorgaben bestimmt, sondern sie sind sehr maßgeblich auch abhängig von der **'American Connection'**, die jeder für sich und beide gemeinsam im Kontext der NATO und der internationalen Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen sowie im Hinblick auf die EWG unterhielten. Es handelt sich teils um Einflußwettbewerb Londons und Bonns um die Gunst Washingtons, - wobei Großbritannien aus vielen Gründen bis etwa 1966 eindeutig bevorteilt war, - teils jedoch auch um die amerikanische Vision, diesen Konkurrenzkampf durch eine Einbeziehung der Bundesrepublik in die "anglo-american special relationship" gewissermaßen aufzuheben und insofern diese Sonderbeziehung, die fast nur noch als britische Beschwörungsformel ihr Dasein fristete, in erweiterter Konstellation zu reaktivieren. Am Ende unserer Untersuchungszeit, 1967/70, gab es zahlreiche objektive Gründe, warum zumindest die USA in den Kategorien eines Trilateralismus London-Washington-Bonn dachten: Ohne Mitwirkung deutscher Autoritäten waren £ Sterling und US-Dollar nicht vor dem Absturz zu bewahren; ohne erneute freiwillige Selbstbeschränkung und Anpassungswilligkeit der Bonner Republik waren weder die schwere Krise der NATO zu überwinden noch ein Durchbruch in den Ost-West-Verhandlungen (z.B. Nicht-Verbreitungsvertrag) zu erzielen. Aus der Sicht der USA war dies der Zeitpunkt, wo die längst fällige Anerkennung der Erstklassigkeit der Bundesrepublik im westlichen Lager sichtbar markiert werden sollte. *Die USA erkannten, daß Bonn ein Preis für die "freiwillige Westbindung" gezahlt werden müsse, sie unterstellten aber, daß England ihn zahlen sollte - durch Gewährung einer Parität London - Bonn im westlichen Lager.*

2. Die britische Politik zog es jedoch vor, die Sonderstellung Großbritanniens zu verteidigen, welche dem Land internationalen Status, bedeutsame Autonomie

und Stabilität des politisch-kulturellen Referenz-Systems erbrachte. Die britischen Politiker waren sich wohl bewußt, daß europäische Integration, Sicherheit des Westens und Identifizierung der USA mit ihrer Rolle als europäische Macht zusammenhingen mit einer Zuverlässigkeitskontrolle der Westmächte über die selbstgewählte Westbindung des westdeutschen Staats. Dennoch wehrten sie sich gegen die amerikanische Forderung nach Erstklassigkeit für die Bonner Republik, was Gleichrangigkeit zwischen Großbritannien und der Bundesrepublik bedeutete, nicht aber die gewünschte Gleichstellung Großbritanniens mit den USA in der Schaltzentrale des "Westblocks". **London versuchte weiterhin, für sich den Status als zweites Entscheidungszentrum in der westlichen Welt zu reservieren:** In der Nuklearpolitik und Strategiedebatte beanspruchte London genauso beharrlich den Status als abgehobene, nur in Relation zu den USA stehende Entscheidungszentrale wie es den Sterling-Block als zweite 'residual economy' ausgab, die im Falle eines Versagens bzw. vorübergehenden Ausfalls der US-Wirtschaft der freien Welt belebende Impulse geben könne.

3. Der Versuch Großbritanniens, sich als Entscheidungszentrale neben den USA zu etablieren, **fiel zeitlich - 1956/58 - zusammen mit den Weichenstellungen in der europäischen Politik:** Sollte "Europa" mit oder ohne England strukturiert werden? Sollte Großbritannien dabei genauso wie Frankreich dem Grunde nach die Bundesrepublik als paritätische Macht in Westeuropa behandeln und anerkennen? In London führte man die Debatte über die künftige Weichenstellung für die Außenbeziehungen unter den Vorzeichen weiter, die sich 1952-1954 herausgebildet hatten (1989, Schmidt, S. 180 ff.) und klinkte sich aus dem 'Relaunching of Europe'-Prozeß aus. Obwohl Außenminister Selwyn Lloyd in der Phase der Bestandsaufnahme nach 'Suez', in der ersten Jahreshälfte 1957, mehrfach davor warnte, die westeuropäischen Partner in den beiden Kernfragen gleichzeitig vor den Kopf zu stoßen, - nämlich durch Nicht-Beteiligung am EWG-Projekt und durch Reduktion der konventionellen, 'Europa'-assignierten Streitkräfte bei gleichzeitiger Beschleunigung der militärischen und zivilen nuklearen Zusammenarbeit mit den USA -, bewegte sich die britische Politik in den eingefahrenen Gleisen fort. Der Versuch, die nachteiligen Folgen mit Hilfe des 'Grand Design', einem Vorschlag zur Fusionierung europäischer politischer Konsultationsgremien, und des Projektes einer die europäischen OEEC-Länder umspannenden industriellen Freihandelszone aufzufangen, bewirkte eher das Gegenteil. Man deutete sie als Manöver, Einfluß zu bewahren, ohne sich "europäisch" zu engagieren. In der - nicht ganz unberechtigten

- Annahme, daß es Deutschland und Frankreich schwer fallen würde, ihre ordnungspolitischen und Interessengegensätze zu überwinden und ein florierendes Unternehmen (: EWG) zu gründen, ohne britische Mittlerdienste zu benötigen, glaubte Großbritannien, den Gang der Dinge in (West)Europa gleichsam als Außenstehender kontrollieren zu können; bis etwa Frühjahr 1960 ging man in London davon aus, daß Großbritannien mehr Trumpfkarten in der Hand habe und daher nicht auf 'Europe' zugehen müsse.

Die deutschen Sympathien verspielte man, weil London zur Rechtfertigung des Streitkräfteabbaus und der Sicherheitsstrategie Argumente vorbrachte, die sich mit Bonns Perzeption der Spannungslage im geteilten Europa nicht deckten; außerdem störte man sich daran, daß London mehr 'Geld' für weniger Gegenleistungen (: Stärke der 'Rheinarmee') verlangte. Wohlwissend, daß **die NATO auf Dauer nicht als einziger Kitt für die Westbindung des (west)deutschen Staats halten könne**, sondern daß Europa durch politisches Zusammenwachsen die Perspektiven für ein 'europäisches Deutschland' eröffnen müsse, drängten die USA den britischen Partner, das Angebot zur stabilen Einordnung Deutschlands ins (west)europäische Staatensystem aufzugreifen. Freilich war die Rolle, die Großbritannien zu diesem Zeitpunkt als einzige europäische Macht außerhalb des Geltungsbereichs der NATO - "East of Suez" war das Schlagwort dafür - spielte, und die politische Überzeugungsarbeit insbes. Macmillans so stark, daß die USA dann doch selbst mithalfen, Großbritanniens Ansprüche auf die doppelte Funktion als zweite Entscheidungs-zentrale im westlichen Lager zu verwirklichen.

4. Der Wunsch nach dauerhafter Westintegration (West)Deutschlands verursachte Zielkonflikte, deren Bewältigung Differenzen zwischen den westlichen Alliierten aufwarf. Das westdeutsche Potential sollte nicht nur dem Einzugsbereich der Sowjetunion vorenthalten werden, sondern auch zur Entlastung Großbritanniens (und der USA) dienen, und zwar direkt (Stationierungskosten, Rüstungskäufe, usw.) ebenso wie indirekt (Entwicklungshilfe, Aufstockung der Mittel der Weltbank und des IMF, u.ä.). Man war sich bewußt, daß die ökonomische und sicherheitsstrategische Einbindung der Bundesrepublik in die "westliche" freie Welt sowohl die Gegenwehr der UdSSR provozierte als auch das proklamierte Ziel der Wiedervereinigung in freier Selbstbestimmung tangierte. Das gemeinsame doppelte Ziel der USA und Großbritanniens, (a) den Einfluß der Sowjetunion einzudämmen und (b) die Zuverlässigkeitskontrolle über den Partner "Bonner Republik" zu behaupten, ließe

sich am besten erreichen, wenn man der UdSSR in Fragen der Rüstungskontrollverhandlungen - mit den Themen Disengagement, 'verdünnte Zonen', etc. - entgegenkam und die deutsche Forderung nach Offenhaltung der 'deutschen Frage' an die östliche Supermacht richtete.

5. Es zeigte sich aber, daß die Sowjetunion sehr wohl in der Lage war, die de facto-Anerkennung der Teilung Europas und der beiden Staaten auf deutschem Boden als Voraussetzung von Rüstungsbegrenzung zu postulieren. Darüberhinaus bildete sich ein stillschweigender Konsens aller europäischen Mächte, daß die Bundesrepublik ein Nicht-Nuklearstaat bleiben müsse. Mit dieser Entwicklung gestalteten sich die Beziehungen innerhalb des westlichen Lagers zunehmend schwieriger und konfliktreicher. Vor allem Großbritannien erblickte in der "gatekeeper"-Funktion Bonns, die man als Gegenstück zur Westbindung Westdeutschlands hinnehmen mußte, auch ein gutes Stück Selbstbeschränkung des Handlungsspielraums der eigenen Ostpolitik zugunsten der innenpolitischen Stabilisierung des deutschen Partners. Die Bereitschaft, auf bundesdeutsche Standpunkte in der Deutschlandpolitik Rücksicht zu nehmen, ließ nach, je mehr die Lasten der Verteidigungspolitik auf den Verteilungsspielraum der britischen Regierung drückten. Die Regierung Macmillan wollte beim Ausloten der Chancen für eine Entspannungspolitik allerdings nicht soweit gehen, daß die Konzessionswilligkeit an sowjetische Wünsche nach "Sicherheit vor deutschem Revanchismus" die innenpolitisch bedeutsamen deutschen Hoffnungen auf Überwindung der Teilung aushöhlte. Auf der anderen Seite sollten die Gebote der Rücksichtnahme auf die gegenüber Bonn eingegangenen Verpflichtungen die britische 'Schutzmacht' nicht daran hindern dürfen, neue Wege zu suchen, wie man die vom Krenl herausgeforderten 'Rechte' in den Berlin- und Deutschland-Fragen durch eine Neugestaltung der Ostbeziehungen in veränderter Form behaupten könne. Statt sich von Bonn "Denkverbote" erteilen zu lassen, drängte London seinerseits die westdeutsche Politik, durch Konzessionsbereitschaft, durch Anerkennung "der normativen Kraft des Faktischen", der Allianz insgesamt und speziell Großbritannien zu ermöglichen, Bewegung in die "Ostpolitik" zu bringen. Die Kalkulation Londons schien darauf zu zielen, durch Sich-Einlassen auf die deutsche Teilung die Teilung Europas zu überwinden, indem und insofern die osteuropäischen Staaten Freiheiten von ihrer sowjetischen Block-Vormacht gewinnen könnten.

6. Auf Seiten der Bonner Republik hieß Westbindung unter anderem immer auch Mitsprache der Partner über westdeutsche Ressourcen (Stationierungskosten;

Entwicklungshilfe, etc.). Doch waren die Westmächte im Gegenzug bereit, der Bonner Republik beispielsweise "nukleare Mitwirkung" einzuräumen oder Bonn zu helfen, der Welle der Anerkennung der DDR als zweiten deutschen Staat in der Dritten Welt aktiv entgegenzuwirken?

Aus diesen Auseinandersetzungen resultierten Spannungen in der Bündnisdiplomatie. Die Kernfrage lautete: Wie können die Urheber der Weststaatsgründung die in der Konsequenz dieses Schrittes liegende deutsche Forderung befriedigen, **Bonn** entsprechend dem ökonomischen und zunehmend auch sicherheitsstrategischem Beitrag als erstrangigen Verbündeten anzuerkennen, gleichzeitig aber Zuverlässigkeitskontrolle über den westdeutschen Staat auszuüben, so daß Deutschland nicht unter dem Deckmantel der europäischen Integration jene Machtstellung erlange, die man dem militärischen Ausgreifen des Kaiserreiches und des Dritten Reichs verwehrt hatte? Zweitens stellte sich für London die Frage, wie man den eigenen Sonderstatus als Nuklearmacht nutzen könne, um zu einem geregelten Nebeneinander zwischen der östlichen Supermacht und den angelsächsischen Partnern zu kommen.

- III -

In der **Sicherheitspolitik** wurden die wichtigsten Eckpfeiler von den USA und England in einer Phase errichtet, in der die Bundesrepublik noch nicht Mitglied der NATO war: Vorneverteidigung und Nuklearisierung der Strategie. Im Zuge der Nuklearisierung der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik seit der NATO-Tagung im Dezember 1954 restaurierten Großbritannien und die USA schrittweise das anglo-amerikanische Sonderverhältnis (vom begrenzten Mitspracherecht britischer Regierungen über den Einsatz der von England aus operierenden amerikanischen Atomwaffenträgersysteme und über die Amendments des McMahon-Gesetzes 1954 und 1958 bis hin zur Etablierung der "independent nuclear force" GB's, die weitgehend auf der Lieferung amerikanischer Waffensysteme zu Sonderkonditionen beruhte).

Die Gefahr einer Spaltung der NATO in eine Zweiklassengesellschaft war seitdem latent vorhanden, zumal die britische Politik nach Schaffung der Bundeswehr - teils aus finanzieller Notlage, teils aufgrund außenpolitischer Kalkulationen - für sich selbst Truppenabbau in Europa und Ausbau der eigenen Nuklearkapazität für

globalstrategische Zwecke anstrebte. Den Kontinentaleuropäern wies man hingegen lokale Aufgaben zu.

Großbritannien (ebenso wie auch Frankreich) konzentrierte aus politischen Gründen Ressourcen auf die Erhaltung der Nuklearfähigkeit in der Hoffnung, dadurch Status zu gewinnen und diesen als Gegengewicht aufbieten zu können zum Einfluß, den die ständig wachsende Wirtschaftskraft der Bonner Politik beschere mochte.

Die USA (insbes. Dulles) hielten dem britischen Zögern, "Europa" mitaufzubauen, entgegen, daß die Westmächte der Bonner Republik eine Perspektive als Kompensation für die Enttäuschungen in der Deutschlandpolitik eröffnen mußten; denn die Westmächte sähen sich nicht mehr lange in der Lage, die Deutschlandfrage wenigstens insoweit offenzuhalten, daß die Nicht-Anerkennung der DDR gewahrt blieb und so die Westpolitik Adenauers innenpolitisch nicht zu stark unter Legitimierungsdruck geriete.

Paradoxerweise argumentierte nun London, - nachdem es sich (1955-59) dem amerikanischen Drängen auf Beteiligung am Prozeß der westeuropäischen Integration entzogen hatte,- daß die zügige Entwicklung der EWG die Bundesrepublik so stark mit ihren westeuropäischen Nachbarn verflechte, daß es kein zu großes Risiko mehr bedeuten würde, wenn man seine Ansichten zur Deutschlandfrage gegenüber den Ausgangspositionen beim NATO-Beitritt der Bundesrepublik ändere: Man dürfe sich freier fühlen, dem eigenen Wunsch nachzugeben und den Handlungsspielraum in der Ostpolitik zu vergrößern!

Für "Dritte" und für Außenstehende klang die britische Argumentation ganz plausibel: Um in der Frage der Rüstungsbegrenzung voranzukommen, müsse man dem Interesse des Kreml an der Stabilisierung der Verhältnisse in Osteuropa Rechnung tragen. Von Bonn dürfe man erwarten, daß es die veränderten Rahmenbedingungen der Internationalen Politik - der Sicherheit im Raketenzeitalter - erkenne, die Schutzmächte aus alten - "festgefahrener" - Positionen entlasse und damit dem Westen insgesamt eine Neubestimmung des Verhältnisses zwischen Ost und West ermögliche. Das spielte an auf die Anerkennung der Oder-NeißeLinie, auf schrittweise Anerkennung der DDR, auf ein Sich-Einlassen auf Diskussionen über wechselseitige Sicherheitsgarantien für beide deutsche Staaten durch NATO und Warschauer Pakt einschließlich der Schaffung raketenfreier Zonen in Deutschland.

Da der westdeutsche Teilstaat "Sicherheit" nicht aus eigener Kraft garantieren konnte, mußte Bonn nun erst recht auf ein Mitspracherecht in den Fragen der NATO-Nuklear -Strategie pochen, und zwar umso mehr, als England und Frankreich 'nach Suez' das Tempo zur Entwicklung ihrer Atommacht forcierten; sie schlugen diesen Weg ein, um ihren Einfluß auf die amerikanische Politik zu sichern und zugleich Distanz zur politischen Rolle der Bundesrepublik in der NATO zu schaffen. Man erkannte in London und in Paris die Gründe, warum US-Militärs den Eventualfall einer 'Achse' Washington-Bonn ins Auge fassen wollten. Die Abschwächung der amerikanischen Finanzkraft wurde von westeuropäischer Seite, am aggressivsten von de Gaulle, dahingehend ausgelegt, daß die Zeit für Veränderungen im politischen Machtgefüge der westlichen Welt und im Ost-West-Verhältnis reif sei. Die USA wollten ihre Schwachstelle, die defizitäre Zahlungsbilanz, beseitigen, um die Phase des Wandels entscheidend mitzugestalten und die Kontrolle über die Sicherheit des Westens zu behaupten. Für dieses Vorhaben waren die Neugestaltung der anglo-amerikanischen "special relations" und die deutsche Position als stärkster konventioneller NATO-Partner und stabilste Finanzmacht in der westlichen Welt die Schlüsselglieder. Die britische Finanzschwäche war entschieden weiter gediehen als die Schwierigkeiten, die die USA mit ihrem Zahlungsbilanzdefizit hatten.

Zu diesem Zeitpunkt (etwa ab Mitte 1962) forderten die USA [auch und gerade unter der Betroffenheit von den durch de Gaulle verursachten Schwierigkeiten] die Verbesserung der deutsch-britischen Beziehungen als Grundbedingung für die Neu- resp. Wiederbegründung der US-Führungsrolle im westlichen Bündnis, für ein "re-design" der atlantischen Partnerschaft. Washington wünschte, daß die Briten 'would stop being nasty to the Germans' [das bezog sich auf das Projekt einer multilateralen Atomstreitkraft, MLF]; hinzu kam die Bereitschaft, der bundesdeutschen Außenpolitik ein Mittel an die Hand zu geben, um ihre Anliegen auf die Tagesordnung künftiger Ost-West-Verhandlungen zu setzen. Man erkannte nämlich den geheimen deutschen Wunsch (Schröder, von Hassel), durch Mitbeteiligung an einer multilateralen, die USA und England einschließenden NATO-, später europäischen Atomstreitmacht die Aussicht zu eröffnen, die deutsche Frage aufzuwerfen: Man kalkulierte, daß Moskau angesichts der Gefahr eines indirekten Atommacht-Status der Bundesrepublik ein Interesse daran haben könnte, die Verhandlungen über Rüstungskontrolle auf die ungelösten *politischen Probleme* der Teilung Deutschlands und Europas auszuweiten. Die Bundesregierung ließ erkennen, daß sie bereit sein würde, sich die Mitspracherechte an einer kollektiven - NATO - resp. europäischen

Nuklearmacht durch entsprechendes Entgegenkommen der Sowjetunion in der deutschen Frage auch wieder abkaufen zu lassen. Dies erklärt die Übereinstimmung der Ostpolitik Schröders mit der Ostpolitik der Johnson-Administration. Bekanntlich machten de Gaulle und Wilson Ende 1964/Anfang 1965 einen Strich durch diese Rechnung.

Wichtig ist jedoch, daß die amerikanische Politik mit dem MLF-Projekt eine Bereinigung der deutsch-britisch-amerikanischen Dreiecksbeziehung anstrebte. Der innenpolitisch schwer bedrängte und außenpolitisch gleichermaßen verunsicherte deutsche Partner sollte damit auch den Verlockungen de Gaulles entzogen werden.

Da de Gaulle Frankreichs Führungsrolle in der Europa-Politik - durch die "Krise in Brüssel" 1965/66 - verwirkte, schien den USA der Zeitpunkt für ein neues Kräfte- Arrangement innerhalb Westeuropas und zwischen beiden Seiten der Atlantischen Partnerschaft gekommen. England sollte den leeren Frontsitz am Steuer des europäischen Gefährts einnehmen. Gefragt war dabei die Rolle Bonns als Fürsprecher für den EWG-Beitritt Englands, um de Gaulles Aversion gegen England als trojanisches Pferd der USA zu überwinden. Gefragt war aber auch und vor allem die Bereitschaft Bonns, einen Beitrag zur effektiven Abschirmung der britischen Pläne zur Regenerierung der britischen Wirtschaft zu leisten (Man dachte an eine langfristige Anleihe in der Größenordnung von \$ 1 Mrd.; alternativ an die Übernahme des vollen Devisenausgleichs für die Stationierungskosten = \$ 270 mill. jährlich).

Die finanzielle Zwangslage, in der sich England 1965-67 befand, wollte das State Department als Hebel benutzen, um das Hauptproblem - aus US-Sicht - zu lösen, nämlich wie man den ungleichen Status zwischen der Nuklearmacht Großbritannien und dem der Bundesrepublik als "Zivilmacht" entschärfen könne. Die beste Lösung wäre, wenn London einer Internationalisierung der britischen Nuklearmacht zustimmte; das würde England enger mit den europäischen Partnern verbinden und gleichzeitig die USA im Atlantischen Bündnis verankern, also de Gaulles Bestrebungen entgegenwirken, die Kluft zwischen Kontinentaleuropa und den "Anglo-Saxons" aufzureißen. Die USA wären am Ende der einzige NATO-Staat, der ein Veto über den weitaus größten Teil seiner Nuklearstreitmacht behielte.

Die Doppelkrise im westlichen Lager - die Krise der EWG 1965/6 und die NATO-Krise 1966/7 - betraf das Deutschland-Problem, denn die von de Gaulles Aktionen ausgehenden Konflikte gefährdeten die Halteriemen, die bis dato die West-

bindung der Bonner Republik ausmachten. Zwischen London und Washington gab es teils Einvernehmen, teils Zielkonflikte; Bonn konnte den Ausgang wegen der eigenen inneren Belastungen wenig beeinflussen. Die USA und Großbritannien waren sich einig, die Chancen für einen Verhandlungsabschluß über einen Nicht-Verbreitungsvertrag mit Moskau zu nutzen und diesen 'arms control'-Prozeß durch 'bridge-building' auf anderen Politikfeldern zu ergänzen, wie es Präsident Johnson Anfang Oktober 1966 in einer von Brzesinski inspirierten öffentlichen Rede skizzierte. Die USA nahmen einerseits von Bonn den Zeitdruck hinsichtlich des Anschlusses an den Non-Proliferation Treaty, doch drängten sie andererseits - gemeinsam mit London - auf die konsistente Durchführung der von der Großen Koalition ohnehin eingeleiteten Überprüfung deutscher Positionen in der Deutschland- und Ost-Politik. Die Weichenstellung, die schließlich in der Annahme des Harmel-Berichts durch den NATO-Rat im Dezember 1967 ihren Ausdruck fand, - nämlich die Rückführung der ungelösten politischen Probleme der Teilung Deutschlands und Europas auf die Tagesordnung europäischer Gespräche über Sicherheit und Entspannung, - bedeutete für die Bundesrepublik eine wichtige Hilfestellung im Prozeß der Anpassung an die sog. 'Realitäten'. Das Ereignis von Prag im August 1968 entschied dann über die Rahmenbedingungen einer deutschen Ost- und Deutschlandpolitik im Entspannungsprozeß: Die von de Gaulle geweckten Erwartungen einer europäischen Lösung erwiesen sich angesichts der Breshnew-Doktrin als Illusion, während die USA und die Sowjetunion, mit London als Mittler, zum Gestalter der Détente und zum Adressaten der Entspannung in der Deutschland- und Berlin-Frage wurden.

Die Zielkonflikte zwischen London und Washington betrafen das Herangehen an die bündnisinterne Konfliktlage. Beide Regierungen räumten der Bewältigung der NATO-Krise den Vorrang ein vor der Wiederaufnahme des britischen Beitritts-gesuchs an die EWG. Konzentrierte London, so vor allem die amerikanischen Erwägungen, seine Energien auf die Beitrittsfrage, dann erhielt die Kompromiß-bereitschaft gegenüber de Gaulle Vorrang; dies wiederum würde die Verhand-lungsposition Frankreichs nicht nur in Fragen der Norderweiterung der EWG stärken, sondern auch im Hinblick auf die Konfrontationen in der NATO.

In dem Dreiecksverhältnis USA-Großbritannien-Deutschland verlegten sich die USA zunehmend auf die Schiene Washington-London. Sie versuchten, durch verlockende Angebote an die britische Regierung - etwa zwecks Verlängerung der "East of Suez"-Verpflichtungen - ebenso wie durch Drohungen die Treue

Großbritanniens als "Globalpartner" zu sichern, statt sich ein weiteres Mal durch Projekte, die den Status der Bundesrepublik als erstklassigen Partner in der NATO etc. untermauern sollten, die Finger zu verbrennen (wie beim MLF-Projekt 1962-66). In der Frage der Neugestaltung der nuklearen Planungs-Gremien verhielt sich die Labour-Regierung, insbesondere Verteidigungsminister Healey, letztlich konstruktiv, aber das britische Unbehagen über die Verschiebungen der politischen Gewichte in der westlichen Welt blieb bestehen. Seinen Ausdruck fand dies in der Drohung Premierminister Wilsons anlässlich der Währungskrise im November 1968, daß die drei Siegermächte ihre Positionen in Fragen der Sicherheitsgarantien für Westdeutschland und Berlin überprüfen mußten, wenn die Bundesrepublik als momentan stabilste Finanzmacht sich weigere, eine Aufwertung der DM vorzunehmen, um den drei West(und: Sieger)mächten die Schande zu ersparen, ihre Währungen abzuwerten. Die Bundesregierung widersetzte sich diesem Druck, erkannte aber, daß sie solche Selbst-Isolierung nicht wiederholen dürfe. Sie sorgte für die Entkrampfung der Spannungen, indem sie sich bereit fand, an einer Ausbalancierung der Machtverhältnisse in EG-Europa mitzuwirken, d.h. die Mitgliedschaft Großbritanniens in der EG in der Ära "nach de Gaulle" aktiv zu fördern und dem Drängen Frankreichs nach "Vertiefung" der wirtschaftlichen und außenpolitischen Kooperation in der EG zu entsprechen. Auf dem Gebiet 'Sicherheit und Entspannung' sorgte die Ostpolitik der "Kleinen Koalition" SPD-FDP dafür, daß nicht länger Bonn durch seinen Nachholbedarf den allgemeinen westlichen Wunsch nach Entspannung belastete. Die Entscheidung zunächst der Wilson-Regierung und dann der Konservativen Regierung Heath, die Transformation Großbritanniens in eine europäische Macht zu beschleunigen, befreite die deutsch-britischen Beziehungen - allerdings nur vorübergehend - von einem Ballast.

¹ Die Vortragsform ist beibehalten worden. Die Ausführungen fassen die Ergebnisse eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geforderten laufenden Forschungsprojektes zusammen. Alle Belege finden sich in den beiden Beiträgen zu dem von mir herausgegebenen Band 10 der Schriftenreihe des Arbeitskreises Deutsche England-Forschung "**Großbritannien und Europa - Großbritannien in Europa**", Bochum 1989, S. 169 - 314.